

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16020
Dienstag, 23. März 2021

EU-Kommission besteht auf Green Deal	1
Nachhaltige Landwirtschaft mit Biodiversitäts- und Klimaprogramm 2030 sichern	2
Bäuerliche Interessenvertreter begrüßen Biodiversitäts- und Klimaprogramm 2030	4
Rosenstatter: Klimaneutralität nur mit Waldwirtschaft und Holzverwendung	6
Deutscher Raiffeisenverband erwartet Getreideernte auf Vorjahresniveau	7
Donau Soja-Tierfutter reduziert CO2-Belastung aus der Schweinefleischproduktion	8
Kartoffelmarkt: Inlandsangebot weiterhin ausreichend	9
Russland baute 2020 Geflügelfleischexporte deutlich aus	10
RWA: Lagerhaus-Funktionäre bilden sich digital fort	10
OÖ: LEADER-Regionen starten Strategieprozess für starke ländliche Räume	11
Green Care-Hoftafel für zwei Kärntner Pferdehöfe	12

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

EU-Kommission besteht auf Green Deal

Wojciechowski setzt auf Kooperation mit den EU-Mitgliedstaaten

Brüssel, 23. März 2021 (aiz.info). - Über das Ausmaß einer umweltfreundlicheren Erzeugung debattieren die EU-Landwirtschaftsminister mit der Europäischen Kommission auf ihrer jüngsten Ratssitzung in Brüssel. EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** besteht auf einer Umsetzung des Green Deals. Die EU-Kommission verlange von den EU-Mitgliedstaaten nicht, die Ziele aus der "Farm to Fork"-Strategie und aus der Strategie für die Artenvielfalt vollständig in ihren nationalen Strategiepläne der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu übernehmen, stellte Wojciechowski klar. Zu den Zielen der Strategien gehören eine Halbierung des Einsatzes von risikoreichen Pflanzenschutzmitteln bis 2030, 20% weniger Düngemittel und 10% Stilllegungsfläche. Stattdessen sollen die EU-Mitgliedstaaten nationale Ziele aus dem Green Deal in ihren Strategieplänen festlegen, je nach besonderen Gegebenheiten. Die EU-Kommission werde sich einvernehmlich über die Höhe der Ziele verständigen, führte der EU-Agrarkommissar aus. Die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten stünden dabei nicht auf den entgegengesetzten Seiten einer Barrikade, ging Wojciechowski auf mögliche Sorgen der Minister ein. * * * *

Doch fast alle EU-Mitgliedstaaten versuchten auf ihrem Treffen in Brüssel, die EU-Kommission mit ihrem Green Deal in die Schranken zu weisen. Sie bezogen sich auf ihre Position zur GAP-Reform vom Oktober 2020. Darin hatten sie sich darauf verständigt, dass die Agrarerzeugung in den kommenden Jahren nachhaltiger werden müsse. Aber die Forderungen aus den Strategien der EU-Kommission sollen keine Grundlage für die nationalen Strategiepläne sein. Zunächst müsste die EU-Kommission eine Folgenabschätzung für den geforderten Verzicht auf Betriebsmittel vorlegen, anschließend müssten die Kommissionsstrategien in ein ordentliches Rechtsgebungsverfahren münden, waren sich die Minister weiterhin einig.

Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** betonte, die EU-Mitgliedstaaten kennen die Lage vor Ort am besten und bräuchten deshalb ausreichend Flexibilität, um ihre nationalen Strategiepläne gestalten zu können. Zudem wies Köstinger auf das Risiko hin, dass die Nahrungsmittelproduktion aus der EU abwandern werde, wenn die heimischen Landwirte ohne Außenschutz zu sehr belastet werden. Der spanische Agrarminister **Louis Planas** bedauerte, dass die EU-Kommission trotz entgegenlautender Ankündigungen immer noch keine Folgenabschätzung für ihren Green Deal vorgelegt habe und es bisher nur eine Einschätzung vom US-amerikanischen Landwirtschaftsministerium gebe. Ungarn, Polen und Tschechien wiesen den Green Deal als Basis für die Strategiepläne besonders weit zurück. Nur rechtsverbindliche Texte könnten als Ziele dienen, beklagten diese drei Länder. Zudem ginge die Strategie zeitlich und inhaltlich weit über die GAP und ihre Reformperiode bis 2027 hinaus.

Biologischen Pflanzenschutz harmonisieren

Zum Tagesordnungspunkt biologischer Pflanzenschutz forderten die meisten EU-Agrarminister eine Harmonisierung des Themenfeldes. Sie beauftragen die EU-Kommission zunächst mit einer Untersuchung über den Einsatz von Makroorganismen im Pflanzenschutz. Darin sollen die Anforderungen für das Inverkehrbringen der Nützlinge geprüft werden. Zudem geht es um die unerwünschte Ausbreitung der Insekten und Würmer nach ihrem Einsatz. In einem zweiten Schritt soll ein Vorschlag für eine EU-Richtlinie folgen. Die Minister waren sich einig, dass Raubmilben, Nematoden oder Insekten eine wichtige Alternative zu chemischen Mitteln darstellen. Allerdings

dürften sie sich nicht unkontrolliert verbreiten, vor allem wenn sie nicht nur im Gewächshaus, sondern flächendeckend eingesetzt werden. Einige Minister wiesen darauf hin, dass die unterschiedlichen Klimabedingungen in der EU berücksichtigt werden sollten. (Schluss) mö

Nachhaltige Landwirtschaft mit Biodiversitäts- und Klimaprogramm 2030 sichern

Bauernbund und Landwirtschaftskammer für innovative, praxismgerechte Lösungen

Wien, 23. März 2021 (aiz.info). - Der Österreichische Bauernbund und die Landwirtschaftskammer (LK) Österreich haben gemeinsam mit Unterstützung der Universität für Bodenkultur Wien (Boku) ein Biodiversitäts- und Klimaprogramm 2030 initiiert, das unter anderem zum Diskussionsprozess rund um den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Green Deal mit den für die Landwirtschaft bedeutenden Strategien für die Biodiversität und "Farm to Fork" beitragen soll. Mit "Schützen durch nützen" machten heute Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** und LK Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** in einer Pressekonferenz auf die Vorteile einer nachhaltig produzierenden Landwirtschaft für die Biodiversität und das Klima aufmerksam. Der von der EU-Kommission ausgesprochene Auftrag, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen, sei höchst ambitioniert, aber höchst notwendig. "Bäuerinnen und Bauern sind Teil der Biodiversität, und ihre Existenz ist von der biologischen Vielfalt abhängig. Der Reichtum an Lebensmitteln und Lebensräumen mit ihren Tieren und Pflanzen ist kein Zufallsprodukt, sondern das Resultat harter bäuerlicher Arbeit. Sie bewirtschaften unseren Boden und managen so das größte CO₂-Reservoir des Planeten. Gleichzeitig stellen sie das Fundament für erneuerbare Energien", stellte Strasser fest. * * * *

Pauschale Schuldzuweisungen lehnt der Bauernbund-Präsident ab und plädiert für zukunftsgerichtete Lösungen. Eine diskutierte künftige Außer-Nutzung-Stellung von beispielsweise Waldflächen sieht Strasser äußerst kritisch und warnt vor einer Produktionsverlagerung in Länder mit niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards. "Die Bewirtschaftung leistet im jeweiligen Lebensraum einen größeren Beitrag zur Biodiversität und zum Klimaschutz als Nutzungseinschränkungen", verwies Strasser auf den Wald als effektive CO₂-Senke und die Zweckmäßigkeit einer umsichtigen Bewirtschaftung. Eine Stilllegung von Wäldern sei kontraproduktiv, schwäche regionale Kreisläufe und hätte mehr Importe und Transitverkehr zur Folge. "Eine 10%ige Reduktion der Holzernte würde laut dem Institut für Wirtschaftsforschung *Economica* bedeuten, dass damit 1 Mrd. Euro Wertschöpfung und 15.400 Jobs in der Forst- und Holzwirtschaft sowie weitere 10.000 Arbeitsplätze in den Zulieferbetrieben gefährdet wären", verdeutlichte der Bauernbund-Präsident. Auch für die Umsetzung von 100% Strom aus erneuerbaren Energien bis 2030, wie im nationalen Klima- und Energieplan vorgesehen, brauche es ausreichend biogene Energieträger.

"Klimaschutz, Biodiversität und Produktion sind kommunizierende Gefäße, die sich manchmal positiv und manchmal negativ beeinflussen. Letztendlich werden in Österreich Lebensräume aber gemäß ihres nachhaltigen Ertragspotenzials bewirtschaftet. Das bedeutet, dass die pflanzliche und tierische Produktion an die verfügbaren landwirtschaftlichen Flächen in den Regionen gebunden ist. Nachhaltige Bewirtschaftung garantiert somit die Existenz lebendiger Kulturlandschaften und der dort beheimateten Arten", hofft Strasser auf einen Schulterschluss mit der Gesellschaft und einen Diskurs auf Augenhöhe, in den die Bäuerinnen und Bauern "intensiv eingebunden werden" und nicht durch "praxisferne Strategiepapiere auf der Strecke bleiben". "Wenn wir Antworten auf Artenverlust und Klimaerwärmung wollen, müssen wir den Dialog mit der Wissenschaft suchen. Wenn wir Lösungen in

puncto biologische Vielfalt oder der Nutzung von Kulturlandschaften wollen, müssen wir mit Bäuerinnen und Bauern reden", so Strasser.

Anreize statt Verbote und Vorschriften

Moosbrugger unterstrich das große Interesse der Bäuerinnen und Bauern an Biodiversität, die sie etwa für die Bestäubung von Pflanzen, die Bodenfruchtbarkeit, Nützlinge und genetische Ressourcen bräuchten. "Biodiversität braucht aber auch die Leistungen der Landwirte, und gerade deshalb haben wir in Österreich eine so viel geschätzte und so besondere Kulturlandschaft. Darüber hinaus wird aber völlig vergessen, dass ohne Bewirtschaftung die landwirtschaftlichen Flächen zuwachsen würden. Unsere zentrale Botschaft ist daher, dass Land- und Forstwirtschaft Lebensraumvielfalt und damit Lebensvielfalt sprich Biodiversität schafft", erklärte Moosbrugger, die heimischen Landwirte in diese Richtung weiterhin unterstützen zu wollen. "In Österreich haben wir den nachhaltigeren und umweltfreundlicheren Weg mit dem Umweltprogramm ÖPUL eingeschlagen, wo mehr als 80% der Betriebe beziehungsweise 26% der Flächen biologisch bewirtschaftet werden. Wir setzen auf innovative Initiativen, wie beispielsweise zielgerichteten Pflanzenschutz, Drohneneinsatz und Digitalisierung. Österreich ist ein Vorzeigemodell in Sachen Nachhaltigkeit und diesbezüglich Vorreiter in Europa", legte Moosbrugger dar. Für die Zukunft seien deshalb nicht Verbote und Vorschriften, sondern Anreize angebracht, mit denen die Landwirte motiviert werden, diese Leistungen weiterhin zu erbringen. "Eine attraktive Gemeinsame Agrarpolitik nützt längst nicht nur der Landwirtschaft, sondern dient dem gemeinsamen Lebensraum", so der LK Österreich-Präsident.

Die Klimakrise sieht Moosbrugger als die größte Bedrohung für die Lebensvielfalt und das Leben insgesamt. Die Landwirtschaft sei durch zunehmende Wetterextreme sowie verstärkte Schädlings- und Krankheitsaufkommen bei land- und forstwirtschaftlichen Kulturen einer der vom Klimawandel hauptbetroffenen Sektoren. Dafür sei es an der Zeit, vom Reden ins Tun zu kommen und sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene die richtigen Weichen zu stellen, um die Klimabedrohung Nummer eins, die fossilen Energieträger durch erneuerbare zu ersetzen. Es gelte auch, land- und forstwirtschaftliche Flächen zu schützen, statt außer Nutzung zu stellen sowie die Bodenversiegelung von fruchtbaren landwirtschaftlichen Flächen zu reduzieren und somit die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln auch in Zukunft sicherzustellen. "In Europa die Produktion unter dem Titel 'mehr Biodiversität' zu verhindern und dann Nahrungsmittel oder Rohstoffe aus Weltgegenden importieren zu müssen, die nicht annähernd EU-Standards haben, ist ein Widerspruch", sprach sich Moosbrugger für die Anwendung von Klimazöllen und die volle Abgeltung von zusätzlichen Leistungen für Biodiversität, Klimaschutz und Tierwohl aus. "Es sind alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche gefordert, Klima- und Biodiversitätsschutz zu betreiben", kommt dem LK Österreich-Präsident die Diskussion über Biodiversität und Klimaschutz in Hausgärten und auf öffentlichen Flächen zu kurz. Das Biodiversitäts- und Klimaprogramm 2030 sei ein offensives Angebot für eine nachhaltige künftige Landwirtschaft mit Anreizen und ohne Verbote. "Denn Lebensraumpflege-, Biodiversitäts- und Klimaschutzmaßnahmen der Land- und Forstbetriebe nützen allen", so Moosbrugger.

Hohe landwirtschaftliche Produktion bei gleichzeitig hoher Nachhaltigkeit erzielen

"Heute stellt sich nicht die Frage, ob Ökologie oder Ökonomie. Heute muss es heißen Ökologie und Ökonomie", führte **Reinhard Neugschwandtner**, Assistenzprofessor am Institut für Pflanzenbau an der Universität für Bodenkultur Wien, aus. Statt einer Außerbetriebnahme schlägt der Wissenschaftler eine gesteigerte Effizienz in der Produktion und beim Energieeinsatz vor. Zum Einsatz kommen dabei Technologien, wie etwa die Digitalisierung, Fernerkundung, Einsatz von Sensoren und GPS, um punktgenau und ressourcenschonend am Feld zu arbeiten. Auch eine reduzierte Bodenbearbeitung, mehr Leguminosen in der Fruchtfolge und der Anbau von Zwischenfrüchten zählen laut Neugschwandtner zu den zielgerichteten Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität.

"Laut ÖPUL-Daten wird in Österreich bereits auf rund 130.000 ha, also rund 10% der Ackerfläche, eine reduzierte Bodenbearbeitung durchgeführt. Auf 460.000 ha finden Begrünungsmaßnahmen statt. Beides führt dazu, dass die Humusgehalte der heimischen Ackerböden gestiegen sind und damit mehr Kohlenstoff im Boden gespeichert wird", steht auch der Boku-Experte einer Außer-Nutzung-Stellung von landwirtschaftlichen Flächen kritisch gegenüber. Pflanzenschutz leiste insofern einen wichtigen Beitrag, da dieser bei einem relativ geringen Energieinput eine Sicherung beziehungsweise sogar eine Steigerung des Energieoutputs ermögliche. "Das Ziel ist eine hohe landwirtschaftliche Produktion bei gleichzeitig hoher Nachhaltigkeit. Alternativen, wie etwa Futtermittel aus Südamerika oder Energie aus Erd- und Palmöl, werden dieser Anforderung nicht gerecht", so Neugschwandtner.

Die LK Österreich hat gemeinsam mit heimischen land- und forstwirtschaftlichen Produktionsverbänden zur Thematik ein Positionspapier verfasst und fordert darin ausdrücklich eine Folgenabschätzung zum Green Deal sowie zur nationalen Biodiversitätsstrategie 2030. Das Positionspapier steht auf aiz.info als Download bereit. Auch eine Kurzversion des Biodiversitäts- und Klimaprogramms 2030 sowie eine Zusammenfassung der wichtigsten Grundsätze können auf aiz.info heruntergeladen werden. (Schluss) hub

Bäuerliche Interessenvertreter begrüßen Biodiversitäts- und Klimaprogramm 2030

Folgenabschätzung für Green Deal gefordert

Wien, 23. März 2021 (aiz.info). - Zahlreiche heimische landwirtschaftliche Interessenverbände stehen dem Biodiversitäts- und Klimaprogramm 2030, das heute von Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident Josef Moosbrugger und Bauernbund-Präsident Georg Strasser vorgestellt wurde, positiv gegenüber. Die Vereinigung "Die Rübenbauern" warnt vor massiven Auswirkungen des von der EU-Kommission vorgeschlagenen Green Deals und der dazugehörigen Strategien, wie etwa die Halbierung von notwendigen Betriebsmitteln in den nächsten zehn Jahren. "Wer regionale Produkte möchte, sollte regionale Produktion ermöglichen. Dazu brauchen die Landwirte aber entsprechende Werkzeuge, wie beispielsweise einen wirksamen Pflanzenschutz, der vor allem bei Spezialkulturen wie der Zuckerrübe für eine erfolgreiche Produktion wichtig ist. Populistische Fehlentscheidungen in der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, dass dadurch die Anbauflächen von pflegeintensiven Kulturen ständig gesunken sind", machte **Ernst Karpfinger**, Präsident der Vereinigung "Die Rübenbauern", aufmerksam. * * * *

Die von der EU-Kommission angestrebte Klimaneutralität Europas könne nicht allein über die Land- und Forstwirtschaft gelöst werden. Außerdem dürfe in diesem Zusammenhang nicht die regionale Produktion verhindert und zusätzliche Importe angekurbelt werden, forderte Karpfinger eine Folgenabschätzung zur vorgelegten Strategie der Europäischen Kommission. "Es kann wohl nicht im Sinne der Europäischen Union sein, hierzulande durch unerfüllbare Auflagen die Produktion zu gefährden und durch die Hintertür niedrigere Umwelt- und Sozialstandards zu importieren. Die EU sollte eigentlich aus der Coronavirus-Krise gelernt haben und der Eigenversorgung mit regional erzeugten Grundnahrungsmitteln höchste Priorität zuordnen und diese nicht leichtfertig durch Maßnahmen ohne fachlichen Hintergrund und entsprechende Folgenabschätzung aufs Spiel setzen", verdeutlichte Karpfinger.

IGP: Falsch umgesetzte Biodiversitätsstrategie steht Lebensmittelversorgung entgegen

Vor einer geringeren Selbstversorgung sowie sinkenden Erträgen bei landwirtschaftlichen Kulturpflanzen warnt auch die IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP). "Eine falsch umgesetzte Biodiversitätsstrategie steht dem übergeordneten Ziel einer Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln, des Erhalts einer multifunktionalen, nachhaltigen, wettbewerbsfähigen und flächendeckenden Land- und Forstwirtschaft sowie eines hohen Selbstversorgungsgrads in Österreich entgegen. Es kann auch nicht das Ziel sein, die Lebensmittelproduktion weiter einzuschränken und so ins Ausland zu verlagern", kritisierte IGP-Obmann **Christian Stockmar**. Die IGP unterstützt daher die Forderung der LK Österreich und der Anbauverbände nach einer Folgenabschätzung zum Green Deal und fordert zudem auch für die geplante österreichische Biodiversitätsstrategie, die zahlreiche Punkte des Green Deals aufgreift, eine Folgenabschätzung in Österreich.

Agrarpolitik des Ermöglichens

"Die Landwirte sind mit steigenden Anforderungen im Bereich Boden- und Umweltschutz konfrontiert und haben Herausforderungen durch den Klimawandel wie häufigere Extremwetterereignisse und einen steigenden Schädlings- und Krankheitsdruck zu bewältigen. In vielen Kulturen fehlen bereits jetzt Bekämpfungsoptionen für ein wirksames Resistenzmanagement, da Wirkstoffe verboten wurden, bevor Alternativen entwickelt werden konnten. Werden die Produktionsbedingungen durch agrarpolitische Maßnahmen weiter eingeschränkt, können die Landwirte künftig den an sie gestellten Aufgaben nicht mehr adäquat nachkommen", warnte Stockmar. Die Corona-Krise habe gezeigt, dass die europäische Landwirtschaft im Sinne einer höheren Krisenresilienz darin unterstützt werden sollte, eine Eigenversorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen. "Die Landwirte brauchen dazu Chancen und Perspektiven anstatt einer Reduktions- und Verbotspolitik. Die IGP fordert daher einen Innovation Deal als Ergänzung zum Green Deal", so Stockmar.

Nachhaltiger Ressourcenumgang für Jungbauern essenziell

Als ein starkes Zeichen für eine nachhaltige Zukunft wertet die Österreichische Jungbauernschaft das Biodiversitäts- und Klimaprogramm 2030. "Unsere Bauernfamilien sind Teil der Lösung für eine nachhaltige Zukunft. Der Schutz der biologischen Vielfalt und des Klimas ist nur mit ihnen möglich", so **Franz Xaver Broidl**, Bundesobmann der Österreichischen Jungbauernschaft. Für die Jungbäuerinnen und Jungbauern sei ein nachhaltiger Ressourcenumgang für die Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln essenziell. "Ein gesunder Boden und eine stabile biologische Vielfalt

sind grundlegende Pfeiler der bäuerlichen Existenz. Unsere Bauernfamilien bewirtschaften unsere Böden, erhalten unsere Kulturlandschaft und stellen das Fundament für erneuerbare Energien. Mit unserer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft garantieren wir die Existenz einer lebendigen Kulturlandschaft und der dort beheimateten Arten. Wenn es um Biodiversitäts- und Klimaschutz geht, sind wir bereits Vorreiter", erklärte Broidl die Notwendigkeit eines gewissenhaften Umgangs in der Land- und Forstwirtschaft.

Die LK Österreich hat gemeinsam mit heimischen land- und forstwirtschaftlichen Produktionsverbänden ein Positionspapier zum Green Deal verfasst und fordert darin ausdrücklich eine Folgenabschätzung. Das Positionspapier steht auf aiz.info als Download bereit. (Schluss)

Rosenstatter: Klimaneutralität nur mit Waldwirtschaft und Holzverwendung

Politik der Anreize besser als praxisfremde Verbote

Wien, 23. März 2021 (aiz.info). - "Im Mai 2020 hat die EU-Kommission den Green Deal, bestehend aus mehreren Einzelstrategien wie etwa der Biodiversitätsstrategie samt Zielformulierungen für die Forstwirtschaft, vorgestellt. Der Green Deal soll mit einem ambitionierten Maßnahmenpaket und einem Investitionsvolumen von rund 1.000 Mrd. Euro Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. Dazu müssen alle Sektoren ihren Beitrag leisten. Die Waldverbände begrüßen grundsätzlich die Vorreiterrolle der EU, ihre Wirtschaft und Gesellschaft auf einen nachhaltigeren Weg bringen zu wollen. Der Weg zur Klimaneutralität und zur Erreichung der globalen Klimaziele kann aber nur gemeinsam mit der Forst- und Holzwirtschaft und durch eine gleichzeitige Abkehr von fossilen Energieträgern und energieintensiven Rohstoffen gelingen", fordert **Rudolf Rosenstatter**, Obmann im Waldverband Österreich, die Politik auf, die Potenziale des Forst- und Holzsektors im Zusammenhang mit dem Green Deal anzuerkennen und zu unterstützen. * * * *

"Grundlage dafür sind der heimische Rohstoff Holz und die nachhaltige sowie multifunktionale Waldbewirtschaftung. Wir brauchen also praxistaugliche und vor allem faire Rahmenbedingungen für die Waldbewirtschaftung. Es braucht eine Politik der Chancen und Innovationen und keine Verbote oder sogar Außer-Nutzung-Stellungen", so Rosenstatter.

Mehrfacheffekt Holznutzung

"Holz als wichtigster heimischer und nachwachsender Roh- und Baustoff bindet Kohlenstoff aus der Atmosphäre und bietet anstelle von mineralischen und fossilen Roh- und Baustoffen eine klimawirksame und regionalwirtschaftlich höchst positive und effiziente Alternative. Dies ist auch in Hinblick auf die COVID-19-Krise von Bedeutung. Die Holznutzung, die intelligente Holzverwendung und insbesondere der moderne Holzbau sind die Schlüssel zur Klimaneutralität. Es sollten auch Maßnahmen zur Förderung beziehungsweise Honorierung der Kohlenstoffbindung und Substitutionsleistung von Holz ergriffen werden", erkennt Rosenstatter einen Anreiz, die Holznutzung zu forcieren.

Ökosysteme und Biodiversität

"Die nachhaltige und multifunktionale Waldbewirtschaftung sichert nachweislich die heimische Biodiversität und kann im Klimawandel dafür sorgen, Lebensräume zu erhalten und zu verbessern. Die Bewirtschaftung von Wäldern und der Erhalt der Biodiversität sind keine Gegensätze, sondern lang gelebter Ansatz einer integrativen und multifunktionalen Waldbewirtschaftung", weiß Rosenstatter aus seiner langjährigen Erfahrung. "Zur Erreichung der EU-Klimaneutralität und zur Sicherung der Biodiversität sowie der vielfältigen Leistungen der Wälder für die Gesellschaft, wie saubere Luft, reines Wasser und Schutz vor Naturgefahren, müssen die Waldbewirtschaftung und die Holznutzung im Rahmen des Green Deals gestärkt werden", fordert Rosenstatter die Politik auf, das Potenzial von Holz im Kampf gegen den Klimawandel und zum Wohle der Biodiversität zu nutzen. (Schluss)

Deutscher Raiffeisenverband erwartet Getreideernte auf Vorjahresniveau

Leichter Rückgang der Flächen für Sommergetreide

Berlin, 23. März 2021 (aiz.info). - "Frühere Spitzenergebnisse von bis zu 50 Mio. t Getreide dürften künftig in Deutschland selbst in Jahren mit optimalen Witterungsbedingungen immer schwieriger zu erzielen sein", erklärte der Getreidemarkt-Experte des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), **Guido Seedler**, anlässlich der ersten Ernteschätzung für dieses Jahr. Neben dem Wetter machen sich laut Seedler die Restriktionen bei Düngung und im Pflanzenschutz bemerkbar. Außerdem geht der Getreideanteil in der Fruchtfolge zurück. * * * *

Die aktuellen Bestände stehen gut da, deshalb geht der DRV derzeit bei Getreide mit 43,5 Mio. t und Raps mit 3,5 Mio. t von einer Erntemenge auf Vorjahresniveau aus. "Selbst Tiefsttemperaturen von mehr als -20 °C haben keine nennenswerten Schäden hinterlassen", betont Seedler. Während der Kälteperiode war Deutschland nahezu flächendeckend mit einer Schneeschicht überzogen, die eine isolierende Wirkung hatte. Frostschäden können allerdings weiterhin auftreten, daher mahnt Seedler zur Vorsicht: "Wenn das Pflanzenwachstum im Frühjahr einsetzt, können bei stärkeren Nachfrösten noch erhebliche Schäden auftreten. So wurden im vergangenen Mai durch starke Fröste in verschiedenen Regionen die Ährenansätze von Gerste und teilweise auch Weizen massiv geschädigt."

Die Frühjahrsbestellung hat deutschlandweit begonnen. Im Vergleich zum Vorjahr rechnet der DRV mit einem leichten Rückgang der Flächen für Sommergetreide. Bei Körnermais wiederum wird mit einem leichten Flächenzuwachs gerechnet. Gerade in Niedersachsen und Brandenburg mehren sich die Stimmen von Landwirten, die in diesem Jahr Körnermais anstelle von Silomais anbauen wollen. (Schluss)

Donau Soja-Tierfutter reduziert CO2-Belastung aus der Schweinefleischproduktion

Bei "Gustino Strohschwein Klimafit" Emissionen um 42% gesenkt

Wien, 23. März 2021 (aiz.info). - Durch den Einsatz von Donau Soja-zertifiziertem Tierfutter können rund 42% der CO2-Belastung aus der österreichischen Schweinefleischproduktion vermieden werden. Das zeigt eine aktuelle Studie des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL) Österreich, die von Donau Soja heute gemeinsam mit Gustino-Geschäftsführer **Johann Schleder** und dem Geschäftsleiter für Beschaffung und Sortimentspolitik von Transgourmet Österreich, **Manuel Hofer**, präsentiert wurde. * * * *

"Es macht einen wesentlichen Unterschied, wie wir unsere Nutztiere halten und füttern", sagte Donau Soja-Geschäftsleiterin **Susanne Fromwald**. "Gustino geht mit seiner Marke 'Strohschwein Klimafit' voran. Wenn regionales, gentechnikfreies Donau Soja zum Einsatz kommt, profitieren regionale Betriebe, Umwelt und Klima", erklärte Schleder.

Schweinefleisch der Gustino-Marke "Strohschwein Klimafit" mit Donau Soja-Fütterung verursacht 2,5 kg CO2 pro kg Schweinefleisch, während eine vergleichbare Produktion mit Soja aus Übersee auf 4,3 kg CO2 pro kg Fleisch kommt. Das bedeutet eine Reduktion von 1,8 kg CO2 pro kg Schweinefleisch oder ein Minus von 42% der Emissionen.

1 Mio. t CO2 pro Jahr vermeiden

Insgesamt vermeidet Gustino mit 20.000 Schweinen rund 4.000 t CO2-Emissionen pro Jahr. Auf ganz Österreich gerechnet, könnte durch die Umstellung der gesamten Schweinefütterung auf Donau Soja insgesamt rund 1 Mio. t CO2 pro Jahr vermieden werden. Das entspricht etwa dem CO2-Fußabdruck der Bewohner von Innsbruck. Insgesamt könnten die Emissionen von zirka 122.000 Personen eingespart werden.

Schweinehaltung auf Bedürfnisse des Marktes ausrichten

"Als Österreichs größte Schweine-Erzeugergemeinschaft sehen wir uns verpflichtet, die Schweinehaltung auf die Bedürfnisse des Marktes auszurichten", betonte Schleder in seiner Funktion als Geschäftsführer des VLV und der Österreichischen Schweinebörse. Seit 30 Jahren besteht das Markenprogramm Gustino, jetzt erfolgte das Upgrade zur "Klimafit"-Stufe, berichtete Schleder. Das bedeutet ein Vollspaltenverbot, 60% mehr Platz, Stroheinstreu und als Eiweißfutter Donau Soja.

Seit 2018 bekommen Gustino-Schweine überwiegend Donau Soja-zertifiziertes Soja ins Futter - das garantiert europäische Herkunft, Nachhaltigkeit und Gentechnikfreiheit. Im Handel findet sich Donau Soja im "Vonatur Strohschwein" bei Transgourmet, über Gustino beim "Voralpen Strohschwein" bei Lidl, aber auch bei Spar ("TANN schaut drauf"). Auch Edeka-Märkte in Passau stehen auf der Gustino-Liste. Außerdem stammen nahezu alle im österreichischen Lebensmitteleinzelhandel erhältlichen Eier aus Legehennenhaltung mit Donau Soja-Futter.

"Mit dem Strohschwein haben wir eine nachhaltige Alternative zum verknappten Bio-Angebot geschaffen", so Hofer. Nachhaltigkeit steht für Transgourmet Österreich an oberster Stelle. "Wir unterstützen die kleinstrukturierte Landwirtschaft, die Verarbeitung in der Region und natürlich mit Donau Soja die Erhaltung der Regenwälder", unterstrich Hofer.

Bei der Herstellung tierischer Lebensmittel sind bereits die Futtermittel CO2-relevant. Global betrachtet verursacht vor allem die Änderung der Landnutzung, also die Schlägerung von Waldflächen oder die Umwandlung von Grünland in Ackerland, große Mengen Treibhausgase. Zwischen 2000 und 2016 sind im Amazonas-Gebiet und im Cerrado geschätzte 5,3 Mio. ha Naturflächen für den Sojaanbau abgeholzt worden. "Diese Zahlen bestätigen das enorme Potenzial im Schweinebereich", sagte Fromwald. Je mehr Betriebe dem Vorbild von Gustino folgten, umso leichter könnten heimische Konsumenten ihren persönlichen Beitrag zum Klimaschutz beim täglichen Einkauf leisten. (Schluss)

Kartoffelmarkt: Inlandsangebot weiterhin ausreichend

Nachfrage im Einzelhandel zufriedenstellend - Erzeugerpreise unverändert

Wien, 23. März 2021 (aiz.info). - Am österreichischen Speisekartoffelmarkt setzt sich das ruhige, aber stetige Bedarfsgeschäft fort. Die Händler können dabei weiterhin auf ein gut ausreichendes Angebot zurückgreifen. Der Qualitätsabbau der Lagerware schreitet zwar saisontypisch voran, gravierende Verschlechterungen blieben bislang aber die Ausnahme, teilt die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau mit. Die Absatzsituation bleibt grundsätzlich zweigeteilt. Die Nachfrage im heimischen Lebensmitteleinzelhandel läuft auf zufriedenstellendem Niveau und dürfte aufgrund des nahenden Osterfestes weitere Impulse erhalten. Außerhalb dieser Vermarktungsschiene fehlt es jedoch an Impulsen. Angesichts der steigenden Corona-Infektionszahlen rücken die erhofften Lockerungen für die Gastronomie in Ostösterreich wieder weiter in die Ferne. * * * *

Auch am Exportmarkt haben es die österreichischen Verkäufer unverändert schwer. Die potenziellen Importländer werden in der Saison 2020/21 von westeuropäischen Mitbewerbern zu niedrigen Preisen reichlich mit Ware versorgt. Bei den Erzeugerpreisen gibt es daher eine weitere Woche keine Änderung. In Niederösterreich werden für mittelfallende Ware weiterhin meist 12 Euro/100 kg bezahlt. Übergrößen werden um 5 bis 8 Euro/100 kg übernommen. Für drahtwurmfreie, kleinpackungsfähige Premiumware mit AMA-Gütesiegel sind bis zu 18 Euro/100 kg zu erzielen.

Auch am deutschen Speisekartoffelmarkt bleibt es bei einer weitgehend unveränderten Marktlage. In Norddeutschland gibt es immer noch große Vorräte, die auf Räumung warten. Der Angebotsdruck ist entsprechend gegeben, und so bestehen auch kaum Chancen, die Preise anzuheben, um höhere Aufwendungen für die Langzeitlagerung auszugleichen. Nachfrageseitig ist der Absatz im Lebensmitteleinzelhandel relativ lebhaft, auch wenn auf Sonderangebote immer wieder ruhigere Absatzphasen folgen. Das Exportgeschäft Richtung Tschechien oder auf den Balkan hat sich dagegen deutlich abgeschwächt. Hier dürften in letzter Zeit günstige Anbieter aus Polen und Frankreich zum Zug gekommen sein. Die Erzeugerpreise wurden daher auf dem Vorwochenniveau fortgeschrieben. Im Bundesdurchschnitt wurden für qualitativ einwandfreie Speisekartoffeln zuletzt meist 10 bis 11 Euro/100 kg ausgewiesen. (Schluss)

Russland baute 2020 Geflügelfleischexporte deutlich aus

Aussichtsreichste Märkte sind China, Indonesien und Malaysia

Moskau, 23. März 2021 (aiz.info). - Nach Angaben des staatlichen Agraranalysenzentrums in Moskau hat Russland 2020 rund 295.000 t Geflügelfleisch einschließlich Innereien an den Außenmärkten abgesetzt. Die Exporte brachten Einnahmen von etwa 427,2 Mio. USD (358,2 Mio. Euro), die damit um 31% höher waren als im Vorjahr, berichtete der Leiter der Einrichtung, **Dmitrij Awelzow**, vergangene Woche bei einer Fachkonferenz in St. Petersburg. Dabei betonte der Experte, dass die industriemäßige Geflügelproduktion sich am intensivsten entwickelt und derzeit der konkurrenzfähigste Sektor der russischen Veredelungswirtschaft sei, insbesondere im Hinblick auf sein hohes Ausfuhrpotenzial und eine steigende Nachfrage am Weltmarkt. Insofern hält er den aktuellen Exportanteil von 6% noch für zu niedrig. * * * *

Den für inländisches Geflügelfleisch perspektivreichsten Auslandsmarkt stelle China dar, noch seien aber auch indonesische und malaysische Märkte von russischen Exporteuren nicht genügend erfasst. Als größtes Problem dieses Produktionssektors bezeichnete Awelzow seine hohe Abhängigkeit von Bruteier-Importen. (Schluss) pom

RWA: Lagerhaus-Funktionäre bilden sich digital fort

550 Teilnehmer informierten sich über aktuelle wirtschaftspolitische Themen

Wien, 23. März 2021 (aiz.info). - Der Lagerhaus-Funktionärsimpulstag als wichtigste überregionale Veranstaltung für Funktionäre wurde heuer in Folge der Corona-Pandemie erstmals digital abgehalten. In einem am RWA-Campus Korneuburg für die Veranstaltung extra eingerichteten Studiosetting sprachen ÖRV-Generalanwalt Walter Rothensteiner, die Mitglieder des RWA-Aufsichtsrates - Vorsitzender Johann Lang sowie seine Kollegen Ludwig Hubauer und Alois Hausleitner -, weiters WIFO-Chef **Christoph Badelt** sowie RWA-Generaldirektor **Reinhard Wolf** zu den rund 550 Teilnehmern und standen diesen auch für Fragen zur Verfügung. Klaus Josef Lutz, Vorstandsvorsitzender der BayWa, übermittelte eine digitale Grußbotschaft im Rahmen der Veranstaltung, die man live verfolgen oder zu einem späteren Zeitpunkt nachsehen konnte. * * * *

Post-COVID-Zeit bringt Herausforderungen

Badelt analysierte in seiner Grundsatzrede vor den zahlreich digital zugeschalteten Vertreterinnen und Vertretern der Lagerhäuser die wirtschaftliche Lage seit Beginn der Corona-Pandemie. Dabei attestierte er der heimischen Wirtschaftspolitik, richtig auf die Krise reagiert zu haben. Bezogen auf die aktuelle und kommende Wirtschaftssituation Österreichs rechnet er heuer und im folgenden Jahr mit einem Aufschwung, aber auch damit, dass das Vorkrisenniveau voraussichtlich erst Ende 2022 erreicht wird. Große Herausforderungen prognostizierte der Wirtschaftsexperte insbesondere für die Post-COVID-Zeit: "Sobald die Corona-Krise vorbei ist, stehen harte budgetpolitische und gesellschaftspolitische Diskussionen bevor", so Badelt. Hier müssten wichtige konjunkturpolitische Entscheidungen getroffen, Schulden abgebaut und das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit angegangen werden. Vor allem stünden laut dem Experten aber auch wichtige klimapolitische Entscheidungen bevor, die heftige Konflikte auslösen könnten.

Wolf: Haben in der Krise Verantwortung gezeigt

Im Anschluss an den Vortrag und eine Podiumsdiskussion, in der insbesondere auch die Auswirkungen auf die heimische Landwirtschaft besprochen wurden, gab RWA-Generaldirektor Wolf einen Überblick über die Entwicklung des Lagerhaus-RWA-Verbunds im ersten Pandemie-Jahr 2020. Dabei betonte er, der Verbund habe gerade in der Krise trotz vielfältiger Einschränkungen seine Funktion sehr gut wahrgenommen: "Wir haben hier Verantwortung gezeigt, sind unserem Versorgungsauftrag weiterhin nachgekommen und haben auch in dieser schwierigen Phase kräftig investiert. Und wir haben, wie jüngste Umfragen zeigen, in der Krise einen deutlichen Imagegewinn erzielt: Die Menschen schätzen, was das Lagerhaus macht", so Wolf.

Abgerundet wurde die Veranstaltung durch die Präsentation der ersten Ergebnisse eines umfassenden Schulprojektes mit den Fachschulen Francisco Josephinum Wieselburg, der HBLFA Raumberg-Gumpenstein und der HLBLA St. Florian. Im Rahmen des Projektes beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler damit, wie das "Lagerhaus der Zukunft" aussehen könnte. (Schluss)

OÖ: LEADER-Regionen starten Strategieprozess für starke ländliche Räume

Klimawandel, Digitalisierung, demografischer Wandel und Globalisierung im Fokus

Linz, 23. März 2021 (aiz.info). - "Alle sieben Jahre geben sich die LEADER-Regionen eine Neuausrichtung in Form einer Lokalen Entwicklungsstrategie. Jetzt ist es wieder soweit, damit können wir dann mit voller Kraft in die neue Periode starten", berichtet OÖ Agrar-Landesrat **Max Hiegelsberger**. * * * *

LEADER ist eine Initiative der Europäischen Union, kofinanziert durch EU, Bund und Länder. Sie fördert innovative Strategien, die den ländlichen Raum in seiner Entwicklung unterstützen und fördern. Es gelangen Projekte zur Umsetzung, die von der Bevölkerung selbst kommen und damit ihrem Bedarf und ihren Bedürfnissen entsprechen. Zu Beginn jeder siebenjährigen europäischen Politikperiode erarbeitet die Lokale Aktionsgruppe (LAG) - ein Zusammenschluss der maßgeblichen regionalen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft - eine Lokale Entwicklungsstrategie (LES), die als Leitfaden für die Projektauswahl fungiert. Den Startpunkt zu dieser Strategie-Erstellung hat Hiegelsberger heute mit einer Online-Veranstaltung im Landhaus Linz gesetzt. Rund 100 Verantwortliche aus 20 oberösterreichischen LEADER-Regionen nahmen teil.

Schwerpunkte der aktuellen Strategie-Erstellung in allen LEADER-Regionen sind folgende Themen: Klimawandel, Digitalisierung, demografischer Wandel und Globalisierung/Lokalisierung. Ein Ziel ist es, dass möglichst alle Gemeinden in den LEADER-Regionen vertreten sein sollen. Die Vernetzung und Koordination mit anderen Organisationen der Regionalentwicklung soll durch Austausch und Kommunikationsplattformen forciert werden.

"Seitens des Landes Oberösterreich hat sich in der abgelaufenen Periode vor allem die Einführung des Prinzips One-Stop-Shop - eine Anlaufstelle für alle LEADER-Belange - als Erfolg erwiesen. Wir setzen den viel geforderten Bürokratieabbau hier um und werden diesen Weg auch in der nächsten Periode weitergehen", so der Landesrat.

In der LEADER-Periode 2014 bis 2020 wurden bisher 1.100 Projekte umgesetzt. Diese lösten Förderungen in Höhe von 46 Mio. Euro und Gesamtinvestitionen von 80 Mio. Euro aus. 98% der den Regionen zur Verfügung stehenden Mittel sind durch beantragte Projekte gebunden, 63% der Mittel konnten bereits ausbezahlt werden. Die eigentlich von 2014 bis 2020 dauernde Periode wurde aufgrund von Verzögerungen im EU-Entscheidungsprozess um zwei Jahre verlängert. Die kommende Periode wird dementsprechend auf fünf Jahre von 2023 bis 2027 verkürzt. Durch die Übergangsverordnung werden Oberösterreich für die Jahre 2021 und 2022 zusätzliche Mittel in Höhe von 14,5 Mio. Euro zur Verfügung stehen. (Schluss)

Green Care-Hoftafel für zwei Kärntner Pferdehöfe

Therapeutische Förderung und Lernen mit Pferden nun auch "Green Care-geprüft"

Wien, 23. März 2021 (aiz.info). - Aufgrund ihrer sanften Wesensart, ihrer Klugheit und ihrer Geduld sind Pferde hervorragende "tierische Pädagogen und Therapeuten". Das weiß man auch auf dem Gestüt Sanadea am Wörthersee und auf dem Pferdehof horsense am Faaker See, die am 22. März 2021 für ihr Green Care-Angebot mit der Hoftafel ausgezeichnet wurden. * * * *

"Spiel, Freude und Bewegung - das sind wesentliche Elemente für erfolgreiches Lernen. Unsere Pferde begleiten die Kinder auf ihrem Weg zu einer gesunden Schulreife beziehungsweise durch ihre Lernstörungen wie Legasthenie oder Dyskalkulie" beschreibt die Bäuerin **Susanne Schützinger** ihr Green Care-Angebot. Ebenso werden in Kooperation mit dem zertifizierten Bildungsträger "Lernen mit Pferden" Lehrgänge am Hof angeboten, in dem die Absolventen zu Experten in pferdegestützten Lerntrainings ausgebildet werden. Das Gestüt Sanadea in Velden am Wörthersee ist auf die Zucht von amerikanischen Miniaturpferden spezialisiert. Diese Rasse besticht durch ihre charakterlichen Eigenschaften und eignet sich deshalb besonders für den pädagogischen Einsatz in Lerntrainings. "Ich schätze das liebevoll ausgearbeitete pädagogische Angebot von Sanadea und ich bewundere den Einsatz, die internationale Erfahrung und das Engagement von Frau Schützinger", so **Astrid Brunner**, Vizepräsidentin der Landwirtschaftskammer (LK) Kärnten bei der Hoftafelübergabe.

Denise Kolbitsch, die den Pferdehof horsense in Ledenitzen am Faaker See gemeinsam mit Joana Scholz führt, gründet ihr Green Care-Angebot auf drei Sparten des Therapeutischen Reitens sowie auf das Bildungsangebot Schule am Bauernhof. Durch ein multiprofessionelles und fundiert qualifiziertes Team finden Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Problemlagen ein passendes und qualitativ hochwertiges Angebot bei horsense. "Unser Programm umfasst regelmäßige individuelle Angebote, Themennachmittage und Feriencamps. Außerdem sind wir im Special-Olympics-Reitsport national und international aktiv", erzählt Kolbitsch. "Mit ihren Kenntnissen in der Heilpädagogischen Therapie und Förderung mit dem Pferd und dem integrativen Pferdesport bietet Frau Kolbitsch die besten Voraussetzungen, ein Green Care-Vorzeigebetrieb zu werden", so Brunner.

"Die beiden neuen Green Care-Betriebe sind eine wertvolle Bereicherung für unser Vorhaben. Es zeigt sich immer wieder, wie sehr Menschen mit körperlichen, seelischen oder kognitiven Beeinträchtigungen durch die Interaktion mit Pferden profitieren", stellte **Robert Fitzthum**, Vereinsobmann von Green Care Österreich fest. **Friederike Parz**, Leiterin der Abteilung Bildung, Beratung und Lebenswirtschaft der LK Kärnten und Vorstandsmitglied des Vereins Green Care

Österreich wies darauf hin, "dass diese beiden Green Care-Betriebe einer externen Qualitätskontrolle unterliegen - das sorgt für Sicherheit und schafft Vertrauen". (Schluss)